



Prof. Dr. Christian Dreger ist Forschungsdirektor International Economics am DIW Berlin
Der Beitrag gibt die Meinung des Autors wieder.

Ist China eine Marktwirtschaft?

Der Beitritt Chinas zur Welthandelsorganisation (WTO) im Dezember 2001 hat den Welthandel beschleunigt. Die weitere Öffnung Chinas setzte viele der dortigen Unternehmen unter Druck, sich den neuen Wettbewerbsbedingungen zu stellen, und hat zu strukturellen Anpassungen geführt. Weil die Handelspartner umgekehrt fürchteten, von Produkten aus China überrollt zu werden, wurden in den Beitrittsverhandlungen Sonderregelungen und Übergangsfristen vereinbart. Eine dieser Regelungen ist, dass China den Status einer Marktwirtschaft nicht innerhalb eines Zeitraums von 15 Jahren erhält. Damit können die Handelspartner leichter Anti-dumpingverfahren gegen chinesische Unternehmen einleiten und höhere Strafzölle ansetzen, wenn China zu billige Produkte exportieren sollte. Der Preis in China spielt dabei keine Rolle, weil er in Nichtmarktwirtschaften wenig bedeutet. Die Handelspartner können einen normalen Preis in einem Drittland mit Marktwirtschaft zugrunde legen und auf dieser Basis die Strafzölle festlegen.

Die Übergangsfrist läuft Ende des Jahres aus. Ob China dann den Status einer Marktwirtschaft automatisch erhält oder ob weitere Verhandlungsrunden notwendig sind, ist aus heutiger Sicht noch unklar. Zwar ist China mit seiner staatlichen Lenkung der Wirtschaft, wie sie in den Fünfjahresplänen zum Ausdruck kommt, keine Marktwirtschaft, die dem Lehrbuch entspricht. Dies gilt allerdings auch für andere Länder wie Russland und Saudi-Arabien, die der WTO beigetreten sind, aber als Marktwirtschaft eingestuft wurden. Während die Wirtschaft dieser Länder rohstofflastig ist, wird befürchtet, dass die Ausfuhren Chinas vor allem die Absatzperspektiven von Konsum- und Investitionsgüterherstellern verschlechtern. Daher stehen die USA und die EU einem Marktwirtschaftsstatus für China eher kritisch gegenüber. Andere Länder wie Australien haben den Status akzeptiert, wohl auch um die Umsetzung von Freihandelsabkommen mit China zu unterstützen.

Eine zusätzliche Brisanz ergibt sich aus den Überkapazitäten in China. So erzeugt das Land mehr als doppelt so viel Stahl wie die vier nächstgrößten Produzenten Japan, Indien, USA und Russland zusammen. Der Kapazitätsaufbau hat sich mit der Finanzkrise beschleunigt. Dazu hat das chinesische Konjunkturprogramm beigetragen, das den befürchteten wirtschaftlichen Abschwung dämpfen sollte. Vor allem Industrieunternehmen unter staatlicher Kontrolle hatten ihre Investitionen massiv gesteigert. Erhält China den Marktwirtschaftsstatus, besteht die Gefahr, dass die Weltmärkte mit Billigstahl geflutet werden. Dies dürfte auch Beschäftigungsverluste in den Industrieländern nach sich ziehen.

Ob bei dieser Gemengelage eine einvernehmliche Entscheidung erreicht wird, bleibt abzuwarten. Dabei besteht jedoch das Risiko, dass protektionistische Verhaltensmuster und branchenspezifische Interessen über die gesamtwirtschaftliche Wohlfahrt gestellt werden. Eine Lösung sollte nach internationalen Regeln ausfallen und die Schiedsrolle der WTO bei Handelskonflikten stärken. So bietet die WTO das Forum, um gegen unfaire Handelspraktiken vorzugehen. Antidumpingverfahren bleiben auch gegen Marktwirtschaften möglich, den Diskussionen liegen dann die Angaben der betroffenen Unternehmen über Preise und Kosten zugrunde, ohne dass ein Drittland herangezogen wird.

Erhält China den Marktwirtschaftsstatus, könnte das WTO-Instrumentarium geschärft werden, um die Preissetzung von Firmen besser zu beurteilen. Von einem Marktwirtschaftsstatus Chinas dürften auch die Industrieländer profitieren, weil die Integration Chinas in die Weltwirtschaft forciert wird und Hemmnisse für eine weitere Öffnung der Märkte abgebaut werden. Darüber hinaus könnten von sinkenden Stahlpreisen nachgelagerte Industrien wie die Autobauer profitieren, nicht zuletzt aber auch die Verbraucher.



DIW Berlin – Deutsches Institut
für Wirtschaftsforschung e. V.
Mohrenstraße 58, 10117 Berlin
T +49 30 897 89 -0
F +49 30 897 89 -200
83. Jahrgang

Herausgeber

Prof. Dr. Pio Baake
Prof. Dr. Tomaso Duso
Dr. Ferdinand Fichtner
Prof. Marcel Fratzscher, Ph.D.
Prof. Dr. Peter Haan
Prof. Dr. Claudia Kemfert
Dr. Kati Krähnert
Prof. Dr. Lukas Menkhoff
Prof. Karsten Neuhoff, Ph.D.
Prof. Dr. Jürgen Schupp
Prof. Dr. C. Katharina Spieß
Prof. Dr. Gert G. Wagner

Chefredaktion

Sabine Fiedler
Dr. Gritje Hartmann
Dr. Wolf-Peter Schill

Redaktion

Renate Bogdanovic
Dr. Franziska Bremus
Sebastian Kollmann
Dr. Peter Krause
Marie Kristin Marten
Ilka Müller

Lektorat

Anna Gibert
Dr. Kai-Uwe Müller

Pressestelle

Renate Bogdanovic
Tel. +49-30-89789-249
presse@diw.de

Vertrieb

DIW Berlin Leserservice
Postfach 74
77649 Offenburg
leserservice@diw.de
Tel. (01806) 14 00 50 25
20 Cent pro Anruf
ISSN 0012-1304
ISSN 1860-8787 (Online)

Gestaltung

Edenspiekermann

Satz

eScriptum GmbH & Co KG, Berlin

Druck

USE gGmbH, Berlin

Nachdruck und sonstige Verbreitung –
auch auszugsweise – nur mit Quellen-
angabe und unter Zusendung eines
Belegexemplars an die Serviceabteilung
Kommunikation des DIW Berlin
(kundenservice@diw.de) zulässig.

Gedruckt auf 100 % Recyclingpapier.